

Ampel-Koalition**Viel Kosmetik, kleine Verbesserungen, wenig gegen die soziale Ungleichheit****Ampel-Check**

Koalitionsvertrag von SPD, Grüne und FDP

Rente erhöhen,
Eintrittsalter senkenBürger*innen-
Versicherung
einführenMindestsicherung
erhöhenWaffenexporte
stoppenkleine und mittlere
Einkommen entlasten,
Vermögenssteuer
einführenMietenexplosion
stoppen,
Zwangsräumung
abschaffenTempolimit
einführenCannabis
legalisieren

Scholz hatte seine Vorliebe für die FDP nie verborgen. Denn er will keine Umverteilung. Das haben wir nun davon: Mit dem Koalitionsvertrag der Ampel aus SPD, FDP und den Grünen werden die Reichen in der Bundesrepublik weiter geschont und entlastet. Steuererhöhungen für Spitzenverdiener werden ausgeschlossen. Eine Umverteilung, wie sie DIE LINKE fordert, wird verhindert.

Die Koalition steht für diese unzureichenden Veränderungen in Deutschland:

- Hartz IV heißt künftig Bürgergeld, aber im Prinzip bleiben die Sanktionen. Kein Gedanke der Erhöhung auf das von den Wohlfahrtsverbänden errechnete Existenzminimum! Wir fordern weiter: „Weg mit Hartz IV“ und stattdessen „sanktionsfreie Mindestsicherung“!
- Der Mindestlohn steigt, aber das kann doch nicht

alles sein! So bleiben Maßnahmen gegen Tarifflucht und Dumpinglöhne Fehlanzeige!

- Die einheitliche Bürgerversicherung für alle wird es nicht geben. Die Profitorientierung des Gesundheitswesens wird nicht gestoppt und die Überlastung des Systems ändert sich nicht.

- Die Rentner verarmen weiter; die Rente bleibt auf dem Niedrig-Niveau von 48 %. Teile der Rentenbeiträge fließen künftig in die Finanzmärkte – Hurra!

- Es gibt keine steuerliche Entlastung von kleineren und mittleren Einkommen, aber jede Menge Entlastungen für Unternehmen.

- Die Mieten dürfen munter steigen - es gibt keinen Mietendeckel, nur kleine Veränderungen an der bestehenden wenig wirksamen Mietpreisbremse.

- Skandal: Die sozial-öko-

logische Verkehrswende fällt aus, denn die FDP bekommt das Ministerium und versteht sich aber als „Vertreterin der Autofahrer*innen“.

- Der Staat soll kürzen: Die Schuldenbremse gilt wieder ab 2023. Da die Reichen nicht zur Kasse gebeten werden, müssen wir alle die Zeche zahlen. Wie wollen unsere Bielefelder Koalitionspartner SPD und Grüne damit die Städte und Gemeinden finanziell stärken?

Wir fordern die Bundestagsabgeordneten von SPD und Grüne auf, sich in Berlin für eine finanzielle Stärkung der Städte und Gemeinden einzusetzen.

DIE LINKE im Bundestag ist die einzige Oppositionspartei für soziale und ökologische Gerechtigkeit.

Florian Straetmanns
Sprecher
Kreisverband Bielefeld

Schule ohne Hausaufgaben - Schule ohne Noten

Interesse und Motivation garantieren Lernerfolg, nicht Stress, Zeitmangel und Notendruck! Da Bildungschancen im selektiven Schulsystem sehr ungleich verteilt sind, wollen wir das Schul-

system weiterentwickeln zu einer gemeinsamen Ganztags-Schule für alle Kinder bis zur zehnten Klasse. Dies bezieht alle Schulformen ein. Die gemeinsame Schule orientiert sich an den indivi-

duellen Lernbedürfnissen einzelner Schüler*innen. Sie ist inklusiv, sozial ausgleichend, jahrgangsübergreifend, fördernd und kennt keine Ziffernnoten.

(Fortsetzung: Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Sie fördert das soziale Miteinander und den Spaß am Lernen. Nach Schulschluss bleiben die Materialien im Klassenzimmer, niemand muss schwere Schulbücher schleppen. Zeit zum Lernen, für Übung und Training wird in die Schulzeit integriert, so dass Hausaufgaben nicht mehr nötig sind: nachmittags und am Wochenende bleibt Raum für Spiel und Freizeit. Wir sind uns mit der Bildungsfor-



schung einig, dass eine Leistungsbewertung immer der Lernförderung dienen muss: Darum sollen Fähigkeiten und Lernfortschritte individuell und im Dialog bewertet werden, nicht durch Ziffernnoten. Unser Ziel ist eine Kultur des Behaltens statt einer Kultur des Sitzbleibens. Klassenwiederholungen sollen darum nur auf Antrag der Schüler*innen möglich sein. Bildung muss gebührenfrei sein, Elternbeiträge wollen wir streichen. Zur Verbesserung der Unterrichtsqualität und Bekämpfung des Unterrichtsausfalls müssen wir 7.500 zusätzliche Lehrer*innen einstellen. Die Schulsozialarbeit soll ausgebaut und fest im Schulgesetz verankert werden.

Meike Taeubig

Mitglied im Schul- und Sportausschuss

Klimagerechtigkeit für NRW!

DIE LINKE fordert im Landtagswahlprogramm:

- Solaroffensive in NRW: Solarpflicht für Neubauten und bei umfassenden Dachsanierungen
- Windkraft deutlich ausbauen: Wegfall der pauschalen 1.000 m Abstandspflicht
- Landesprogramm für die energetische Sanierung des Gebäudebestandes
- Ausstieg aus Atom, Kohle und mittelfristig aus fossilem Erdgas
- Energiearmut verhindern
- Kosten der Energiewende müssen sozial gerecht verteilt werden
- Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels gemäß Pariser Klimaabkommen
- Einsatz für ambitioniertes Ziel: NRW bis 2035 klimaneutral!



Wichtig für Mieter*innen:

Bei der Landtagswahl die CDU-FDP-Regierung abwählen!

Kaum war die CDU-FDP-Regierung in NRW am Ruder, hat sie Kahlschlag beim Mieterschutz betrieben und die Mietpreisbremse auch für Bielefeld außer Kraft gesetzt. Die verlogene Begründung: Es gäbe kaum noch angespannte Wohnungsmärkte. Dabei gehört Bielefeld zu den NRW-Städten mit den höchsten Mietsteigerungen.

DIE LINKE fordert: Mieterschutzverordnung wieder auf alle angespannten Wohnungsmärkte in NRW ausweiten! Und: NRW muss im Bundesrat die Initiative für einen bundesweiten Mietendeckel ergreifen.

Viele Städte und Gemeinden in NRW sind zu arm, um selbst preisgünstige Wohnungen bauen zu können: die Mittel für den sozialen Wohnungsbau vom Land werden oft nicht abgerufen, da das Geld für den Eigenanteil fehlt. Daher fordert DIE LINKE, dass das Land die Altschulden der Kommunen abbauen hilft. Nur DIE LINKE steht für einen Mietendeckel und eine deutliche Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus.

Florian Straetmanns
Arbeitskreis Wohnen

Klimagerechtigkeit für NRW!

Die Energiewende muss sozial, demokratisch und ökologisch sein. Wir brauchen den Ausstieg aus der Kohle bis 2030 und schnelle Schritte zu 100 % erneuerbaren Energien. Die bisherigen Landesregierungen haben hier versagt. Sowohl unter Rot-Grün als auch unter Schwarz-Gelb wurde der Braunkohletagebau für die Profite von RWE ausgeweitet, das Kohlekraftwerk Datteln 4 errichtet und der Hambacher Wald wurde beinahe abgeholzt. Zusätzlich haben CDU und FDP die Windkraft durch pauschale Abstandsregeln ausgebremst.

Der notwendige Umbau der Energieversorgung darf aber nicht zu Lasten

der Menschen mit geringem Einkommen gehen. Wir wollen die Anpassung

von Sozialleistungen wie Wohngeld an die Energiepreisentwicklung, sowie

ein gesetzliches Verbot von Strom- und Gassperren. Eine CO₂ Besteue-

rung der Bürger*innen ohne einen deutlichen sozialen Ausgleich lehnen wir ab.

Der Ausbau erneuerbarer Energien sollte gleichzeitig der Einstieg in eine Demokratisierung der Energieversorgung sein: Die wesentlichen Teile der Energieanlagen und die Verteilungsnetze gehören in öffentliches Eigentum. Wir wollen kommunale Stadtwerke und Energiegenossenschaften stärken. Die Wertschöpfung aus der Windenergie muss den Kommunen und Menschen vor Ort zugutekommen. Sie müssen an den Einnahmen aus Wind- und Solarparks beteiligt werden.

Carsten Strauch
Arbeitskreis Umwelt



„Scheinheilig!“ – das ist die Politik im Gesundheitswesen



Es ist scheinheilig, wenn auch die aktuelle Ampelkoalition den Pflegekräftemangel beklagt, aber nichts an den Ursachen ändert.

Das System der Fallpauschalen, als Grundübel der Krankenhausfinanzierung, muss fallen! Wir brauchen eine am Patienten und nicht am Gewinn orientierte Personalbemessung!

Besonders scheinheilig ist es, dass sich Caritas und Diakonie gegen einen Flächenentarif in der Altenpflege entschieden haben. Die Konsequenz ist, dass nun zehntausend Pfleger unterbezahlt sind.

DIE LINKE, aktiv im Bielefelder Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus

Unter dem Motto „**Scheinheilig!**“ nutzten Aktive des **Bielefelder Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus** den Tag der „Heiligen drei Könige“ für eine Kundgebung vor dem Franziskushospital

mit anschließendem öffentlichen Spaziergang zum Kunsthallenpark. Das Bündnis macht weiterhin auf die dauerhafte Überlastung des Krankenhauspersonals, sowie die oft katastrophalen Arbeits-

bedingungen in Krankenhäusern und in den Alten- und Pflegeeinrichtungen aufmerksam. Neben dem Pflegebereich trifft der Personalmangel auch die ärztlichen Kolleg*innen, sowie alle Organisations- und

Servicebereiche. Schon seit vielen Jahren hat mit dem steigenden wirtschaftlichen Druck auch der Personalabbau, besonders in der Pflege, zugenommen. **Gesundheitssystem am Ende der Belastbarkeit.**

Schienenverkehr stärken

Wichtigster Baustein für eine andere Mobilität ist ein attraktiver Schienenverkehr. Das bedeutet dichte Takte, elektrisch fahrende Züge und attraktive Preise.

DIE LINKE hat bereits eine S-Bahn OWL gefordert. Zwischen Hamm – Bielefeld – Minden müssen die Züge im 15-Minuten-Takt fahren. Auf den übrigen Regionalstrecken sollte mindestens alle 30 Minuten ein Zug verkehren.

Deshalb fordert DIE LINKE, dass die nicht elektrifizierten Strecken mit einem Fahrdrat zu versehen sind. Das kostet zwar zunächst viel Geld, ist aber im Sinne des Klimaschutzes nachhaltig: Die klimaproblematische Produktion von Batterien

entfällt, Elektrotriebwagen sind leise, spurtstark und besitzen eine lange Lebensdauer, die Fahrzeiten werden kürzer und

zusätzliche Halte sind möglich. Daneben sind stillgelegte Bahnstrecken wieder in Betrieb zu nehmen. Für

DIE LINKE betrifft das in OWL verschiedene Linien: so nach Bremen, Brilon und Lengerich. Für die Reaktivierung der Bega-

talbahn Lemgo-Bartrup hatte DIE LINKE bereits einen politischen Beschluss auf den Weg gebracht.

Es müssen aber auch die Busnetze mit dem Schienenverkehr verknüpft sein. Positive Beispiele gibt es in Halle und Oerlinghausen.

Ergänzend zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs gehört dann auch ein attraktiver Preis: Umweltfreundliche Mobilität muss für alle bezahlbar sein.

Perspektivisch fordert DIE LINKE einen fahrscheinlosen (kostenlosen) ÖPNV.

Bernd Vollmer
Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss





Jetzt Entspannung und Abrüstung wagen!

Der Ampel-Koalitionsvertrag ist leider ein Aufrüstungsvertrag geworden, der auf Frieden geschminkt ist. Die NATO-Vorgabe von zwei Prozent für Rüstung wollen auch SPD, Grüne und FDP erfüllen. Die Ausgaben für Aufrüstung

steigen weltweit weiter. Im Jahr 2020 gaben aus (Milliarden Euro): USA: 778, VR China: 252, Indien: 72,9, Russland: 61,7, Deutschland: 52,8 (Institut SIPRI). SPD, Grüne und FDP statten die Bundes-

wehr als globale Interventionsarmee mit Kampfdrohnen aus. Die „nukleare Teilhabe“ Deutschlands im Rahmen der NATO wird zugesagt. Das hat mit der Verteidigung des eigenen Landes nichts mehr zu tun. Rüstungsexporte in Krisenregionen gehen munter weiter. Lieferungen an Ägypten, die saudische Kriegscoalition im Jemen, Brasilien und die Türkei scheinen problemlos mit dem „Wertekanon“ des freien Westens vereinbar zu sein. Weder wurde in der Vergangenheit die „Freiheit“

am Hindukusch verteidigt, noch trägt die Fahrt der Fregatte „Bayern“ durch das Südchinesische Meer zur Sicherung des Friedens bei. Außenministerin Annalena Baerbock möchte zukünftig mit einer „Mischung aus Dialog und Härte“ regieren. Nur DIE LINKE setzt auf Entspannung und Abrüstung. Die Lösung der großen Probleme der Welt, wie Corona-Pandemie, Klimawandel, Kriege, Überwindung der Armut sind nur international mit China und Russland möglich.

Unser Land sollte mit beiden Ländern auf der Basis des Völkerrechts und der Prinzipien der friedlichen Koexistenz umgehen. Das schließt gegenseitige Kritik in Menschenrechtsfragen nicht aus.

DIE LINKE wird sich weiterhin für ein Verbot von Rüstungsexporten, weltweite Abrüstung, Entspannungspolitik und die Verteidigung des Völkerrechts einsetzen.

**Hans-Dietmar
Hölscher**

**Abrüsten statt Aufrüsten!
Für eine neue Entspannungspolitik**

**Ostermarsch
OWL 2022
Ostersamstag,
16. April 2022**

**12 Uhr Demonstration,
Hauptbahnhof Bielefeld
14 Uhr Kundgebung,
Rathausplatz**

Weitere Informationen: <https://bielefelder-friedensini.de>

Wir distanzieren uns ausdrücklich von jeglicher Form von Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindschaft, Sexismus und LGBTQIA*-Feindschaft. Personen, die der rechtsextremen Szene zuzurechnen sind, sind von der Teilnahme am Ostermarsch ausgeschlossen. Der Ostermarsch findet unter Beachtung der geltenden Corona-Schutzverordnung statt.

Macht mit!

Aktuelle Termine bitte im Büro erfragen
Telefon: 0521-86611

- Arbeitskreis Frieden, Internationale Politik und Flucht
- Arbeitskreis Soziales und Gewerkschaft
- Arbeitskreis Wohnen
- Arbeitskreis Umwelt
- Arbeitskreis Bildung
- Arbeitskreis Digitalisierung
- Stadtteilgruppen Schildesche und Süd
- Frauenplenum
- JUNGE LINKE

So erreichen Sie uns

Telefon: 0521-86611

vorstand@dielinke-bielefeld.de

www.dielinke-bielefeld.de

August-Bebel-Str.126
33602 Bielefeld